

AUSSEN
WIRTSCHAFT
WIRTSCHAFTSBERICHT
BOSNIEN UND HERZEGOWINA

AUSSENWIRTSCHAFTSCENTER SARAJEVO
NOVEMBER 2023



Eine Information des
AußenwirtschaftsCenters Sarajevo

Wirtschaftsdelegierte

Mag. Martha Suda

T +387 33 267 840

E sarajevo@wko.at

W wko.at/aussenwirtschaft/ba

HEAD OFFICE

Mag. Gerd Bommer

T 05 90 900 - 4322

E aussenwirtschaft.osteuropa@wko.at

 fb.com/aussenwirtschaft

 x.com/wko_aw

 linkedin.com/company/aussenwirtschaft-austria

 youtube.com/aussenwirtschaft

 flickr.com/aussenwirtschaftaustria

 instagram.com/aussenwirtschaft_austria.at

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere die Rechte der Verbreitung, der Vervielfältigung, der Übersetzung, des Nachdrucks und die Wiedergabe auf fotomechanischem oder ähnlichem Wege durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere elektronische Verfahren sowie der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, der Wirtschaftskammer Österreich – AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA vorbehalten. Die Wiedergabe mit Quellenangabe ist vorbehaltlich anders lautender Bestimmungen gestattet.

Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Wirtschaftskammer Österreich – AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA ausgeschlossen ist. Darüber hinaus ist jede gewerbliche Nutzung dieses Werkes der Wirtschaftskammer Österreich – AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA vorbehalten.

© AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA DER WKÖ
Offenlegung nach § 25 Mediengesetz i.d.g.F.

Herausgeber, Medieninhaber (Verleger) und Hersteller:
WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH / AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA
Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien

Redaktion: AUSSENWIRTSCHAFTSCENTER SARAJEVO, T +387 33 267 840, F +387 33 222 336
E sarajevo@wko.at , W wko.at/aussenwirtschaft/ba

WIRTSCHAFTSBERICHT BOSNIEN UND HERZEGOWINA

- **Leichte Steigerung des bilateralen Handelsvolumens im 1 HJ 2023**
- **Österreich bleibt größter Auslandsinvestor**
- **Lokale Wirtschaft spürt Auswirkungen des Konjunkturabschwunges der Industrie in wichtigen Exportmärkten Zentraleuropas**
- **Hohe Inflation schwächt weiterhin die Kaufkraft**
- **Verleihung des EU-Kandidatenstatus war Anstoß für nötige Reformen, Umsetzung aber nach wie vor schleppend**

Wirtschaftskennzahlen

| | 2021 | 2022 | 2023* |
|---|------------------------------|------------------------------|------------------------------|
| Nominales Bruttoinlandsprodukt in Mrd. USD ¹ | 23,673 | 24,474 | 27,583 |
| Bruttoinlandsprodukt/Kopf zu Kaufkraftparität in USD ¹ | 18.692 | 20.828 | 22.109 |
| Bevölkerung in Mio. ² | 3,28 (real etwa 2,9 Mio.) | 3,28 (real etwa 2,8 Mio.) | 3,28 (real etwa 2,8 Mio.) |
| Reales Wirtschaftswachstum in % ¹ | 6,8 | 4,1 | 1,9 |
| Inflationsrate in % ¹ | 6,4 | 14,0 | 6,0 |
| Arbeitslosenrate in % ¹ | 32,5 | 30,1 | 30,0 |
| Wechselkurs der Landeswährung (BAM) zu Euro; 1 BAM =in Euro ¹ | 1,95583 | 1,95583 | 1,95583 |
| Warenexporte des Landes in Mrd. USD ¹ | 7,67 | 8,68 | 7,81 |
| Warenimporte des Landes in Mrd. USD ¹ | 11,99 | 14,09 | 13,38 |

*J) Prognose

Wirtschaftsbeziehungen mit Österreich

| | 2021 | 2022 | 1.HJ 2023 | Veränderung zum Vorjahr in % |
|---|------------|--------|-----------|---------------------------------|
| Österreichische Warenexporte in Mio. Euro ⁴ | 501,89 | 610,35 | 323,57 | 4,18 |
| Österreichische Warenimporte in Mio. Euro ⁴ | 750,94 | 979,97 | 505,25 | 14,12 |
| Österreichische Dienstleistungsexporte in Mio. Euro ³ | 77 | 74 | 36 | 18,9 |
| Österreichische Dienstleistungsimporte in Mio. Euro ³ | 124 | 299 | 107 | 53,2 |
| Österreichische Direktinvestitionen ³ , Stand 2021, in EUR: | 1,109 Mrd. | | | |
| Beschäftigte bei österr. Direktinvestitionen ³ : Stand 2021; | rd. 6.800 | | | |
| Direktinvestitionen aus BuH in Ö, Stand 2021: | k.A. | | | |
| Beschäftigte in Ö bei Direktinvestitionen aus BuH Stand 2021: | k.A. | | | |

Wichtigster Warenexportmarkt für Österreich⁴:

41. Rang 1. HJ 2023

¹ Quelle: Economist Intelligence Unit

² Quelle: Weltbank

³ Quelle: Österreichische Nationalbank

⁴ Quelle: Statistik Austria

1. Wirtschaftslage

Geringes Wirtschaftswachstum für 2023 erwartet

Nach einem Einbruch des Wirtschaftswachstums im COVID-Jahr 2020 und einem Hoch 2021 pendelt sich im Vorjahr das Wirtschaftswachstum mit 3,5 % wieder auf dem Vorkrisenniveau ein. 2023 verlangsamt sich das Wirtschaftswachstum laut Prognosen auf 1,9 %. Grund sind die anhaltend hohe Inflation sowie die sinkende Nachfrage der Exportpartner.

Hemmende Faktoren für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes sind generell die politische Unsicherheit, mangelnde Transparenz und Rechtssicherheit, komplexe Bürokratie sowie die ungünstige demographische Entwicklung aufgrund hoher Auswanderung, insbesondere jüngere und besser ausgebildeter Arbeitskräfte, welche zu einer Bevölkerungsabnahme führt. Letzter dürfte sich Post Covid19 noch beschleunigen.

Industrieproduktion stagniert 2022 nach starkem Wachstum 2021...

...dennoch starkes Wachstum in der Metallindustrie

Die Industrieproduktion des Landes, welche etwa 20 % zum BIP beiträgt, verzeichnete nach einem deutlichen Wachstum von 10,7 % im Jahr 2021 im Jänner 2023 einen minimalen Rückgang um 0,2 % im Vergleich zum Vorjahr.

Innerhalb des Sektors gab es jedoch starke Verschiebungen: Einen Rückgang gab es insbesondere im Bergbau aufgrund eines Rückgangs von fast 20 % bei der Kohlegewinnung. In der Textilindustrie gab es einen starken Rückgang um 42,8 %. Im Metallbergbau stieg hingegen die Produktion um etwa 55 %. Die Metallindustrie erlebt insgesamt einen Aufschwung: die Produktion von Metallzeugnissen, Maschinen und Kraftwagen stieg im Jahresvergleich um 5,5 %, 22,2 % bzw. 24,5 %. Die Herstellung von Holzzeugnissen stieg leicht, und zwar um 2,1 %. 2023 wird dieses Wachstum aufgrund der Nachfragerückgänge aus den wichtigsten Absatzmärkten, vor allem in Zentraleuropa, voraussichtlich nicht anhalten.

EU bleibt wichtigster Handelspartner

Die EU bleibt wichtigster Handelspartner: Die Exporte in EU-Länder betragen 2022 BAM 13,3 Mrd. bzw. EUR 6,8 Mrd., das entspricht 70 % der Gesamtausfuhren.

Die wichtigsten Abnehmer bleiben, mit leichten Verschiebungen, gleich: Die meisten Exporte gehen nach Deutschland und in das Nachbarländer Kroatien. An dritter Stelle steht Serbien, als wichtigster nicht-EU-Handelspartner, gefolgt von Italien und Slowenien. Österreich ist 2022 6.wichtigstes Exportland. Exporten nach Übersee kommt nur geringe Bedeutung zu.

Bedeutendster Lieferant ist ebenfalls die EU, welche im Jahr 2022 Waren im Wert von BAM 18,9 Mrd. (EUR 9,6 Mrd.) absetzen konnte, eine Steigerung von 31,15 % zum Vorjahr.

Angeführt wird die Liste der Lieferländer wiederum von Kroatien und dem Nicht EU aber CEFTA Mitglied Serbien. Dahinter folgen Deutschland, Italien, Slowenien und Österreich.

Wichtigste Ausfuhrüter sind Metalle und Metallwaren mit einem Zuwachs um 31,2 %, weiters Mineralische Brennstoffe und Energie (+48,2 %) und Textilprodukte (+20,84 %). Dahinter folgen Möbel, Maschinen, elektrische Artikel, Chemikalien und Holz.

Eingeführt werden neben Energieträgern wie Öl und Mineralölprodukten vor allem Metalle, Maschinen, Textilien, Kunststoffe, elektrische Anlagen und Fahrzeuge aller Art. Weiteres sind auch Nahrungsmittelimporte erforderlich.

Positive Entwicklung der ausländischen Direktinvestitionen im Vorjahr

Die positive Entwicklung bei den ausländischen Direktinvestitionen hielt auch 2022 an. Laut den Daten der bosnisch-herzegowinischen Zentralbank beträgt der Devisenzufluss aufgrund ausländischer Direktinvestitionen im Jahr 2022 EUR 736,4 Mio, eine Steigerung um 27,5% im Vergleich zum Vorjahr.

Die wichtigsten Herkunftsländer waren Großbritannien (271,8 Millionen KM), Österreich (175,8 Millionen KM), die Niederlande (166,6 Millionen KM), Deutschland (159,5 Millionen KM) und Serbien (134,4 Millionen KM). Österreich bleibt damit aufgrund des früheren Bestandes größter Auslandsinvestor.

Die meisten ausländischen Investitionen erfolgten im Bereich der Stromerzeugung und -versorgung in Höhe von 199,9 Mio. KM, im Bereich Finanzdienstleistungsaktivitäten in Höhe von 146,8 Mio. KM und im Bereich der Herstellung von Grundmetallen in Höhe von 122,9 Mio. KM.

Leistungsbilanz traditionell negativ

Die Leistungsbilanz des Landes ist auch 2022 mit -4,5 % des BIP negativ. Verantwortlich dafür sind traditionell das hohe Handelsbilanzdefizit, das nur zum Teil durch den Überschuss in der Dienstleistungsbilanz (der hauptsächlich in den Bereichen Tourismus, Telekommunikation und IT-Leistungen erzielt wurde) und Sekundärzahlungen ausgeglichen werden konnte. Für 2023 ist die Prognose derzeit bei -4,3 %.

Devisenreserven sinken leicht

Die Devisenreserven des Landes betragen zu Jahresende 2022 rund EUR 8,231 Mrd. und sind damit gegenüber Ende 2020, als sie bei EUR 8,406 Mrd. lagen, leicht gesunken. Die Detailaufstellung zu 2022 liegt zum Publikationsdatum noch nicht vor. 2021 nahmen ausländische Anleihen und ähnl. mit EUR 5,862 Mrd. die größte Position ein, gefolgt von Einlagen bei ausländischen Banken mit EUR 2.146 Mrd. Die Goldreserven beliefen sich auf EUR 153,5 Mio. Weitere Reserven bilden ausländische Valuten der Zentralbank um EUR 241,0 Mio. und SZR um EUR 2,45 Mio. Die vorhandenen Devisenbestände würden somit die Importe von etwa 8 Monaten abdecken. Diesem Guthaben stand eine Auslandsverschuldung Ende 2021 von EUR 8,034 Mrd. gegenüber.

Verschuldung des öffentlichen Sektors mit IFIs steigend

Die Auslandsverschuldung des öffentlichen Sektors nahmen bis Ende 2022 auf rd. EUR 4,779 Mrd. zu, die fast ausschließlich öffentlichen Geldgebern, vor allen IFIs, geschuldet wurden. Größte Geldgeber in dieser Gruppe waren die EIB mit rd. EUR 1,1 Mrd. gefolgt von der Weltbank - IDA mit 710 Mio., Weltbank IBRD EUR 625,9 Mio., IMF und EBRD mit EUR 417,8 Mio.

Leichte Verbesserung beim Kreditrating

Beim Kreditrating konnte Bosnien und Herzegowina im Vergleich zum Vorjahr kleine Fortschritte verzeichnen. Basierend auf der (verhältnismäßig) schnellen Regierungsbildung und dem EU-Kandidatenstatus hat Standard & Poor's das Rating des Landes im Februar 2023 mit B bestätigt, aber den Ausblick von „stabil“ auf „positiv“ angehoben. Moody's behält mit Stand Juli 2022 die Einstufung mit B3 bei stabilem Ausblick bei. Dies entspricht einem hoch spekulativen Bereich. Auch gemäß der für die ÖKB relevanten OECD-Katalogisierung gab es im Jänner dieses Jahres eine leichte Verbesserung für Bosnien und Herzegowina von der höchsten Risikostufe 7 hinunter auf Risikostufe 6.

Preisniveau stark steigend

Nach einer negativen Entwicklung der Konsumentenpreise 2020 (-1,6 %) lag die Inflation 2021 bereits bei 6,4 %. Ausgelöst wurde diese Inflation durch höhere Treibstoff- sowie Lebensmittelpreise. Im vergangenen Jahr erreicht die Inflation monatlich neue Höchstwerte und lag für das Gesamtjahr 2022 schlussendlich bei 14 %. Im aktuellen Jahr ist die bisherige Inflation niedriger, die Prognose für das Gesamtjahr liegt aber immer noch bei 6 %. Die größten Preistreiber sind

nach wie vor Lebensmittel (+10,2 % yoy) Wohnen (+9,6 % yoy) und Transport (+12,7 %) (Stand 06/2023). Mangels staatlicher Maßnahmen gibt es einen stark negativen Effekt auf die Kaufkraft der Bevölkerung.

Offizielle Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau

Der Arbeitsmarkt in Bosnien und Herzegowina ist geprägt von einem gegenüber der EU deutlich niedrigeren Lohnniveau und einer noch immer hohen, wenngleich aufgrund der hohen Emigration stagnierenden, Arbeitslosigkeit.

Die verfügbaren statistischen Daten sind nur unter Berücksichtigung der Erfassungsmethoden einschätzbar. So betrug die Arbeitslosigkeit gemäß einer im April 2019 bei 7800 Haushalten durchgeführten Umfrage 15,7 %, ein deutlicher Rückgang gegenüber den 2018 erfassten 18,4 %. Corona bedingt erfolgte danach keine Erhebung; man geht aber davon aus, dass die Arbeitslosigkeit gemäß diesem Verfahren 2021 bei 16 % lag.

Die ‚administrative‘ Arbeitslosigkeit lag im Dezember 2022 bei 29,6 % (auf Basis der bei den staatlichen Arbeitsagenturen gemeldeten 354.323 arbeitslosen bzw. arbeitssuchenden Personen im Vergleich zu 850.916 Personen, die als beschäftigt gemeldet waren). Dies entspricht einer leichten Abnahme der Arbeitslosigkeit um etwa 3 % im Vergleich zum Vorjahr.

Die relativ hohe Zahl an Arbeitssuchenden ist einerseits auf den großen informellen Sektor des Landes, in dem de facto viele offiziell Arbeitssuchende tätig sind, und andererseits auf im Ausland tätige Personen, etwa in der Sommersaison in Dalmatien, welche häufig ebenfalls erfasst bleiben, zurückzuführen.

Starker Preisanstieg bei Lebensmitteln drückt Kaufkraft trotz Anstieg der Durchschnittslöhne auf Inflationsniveau.

Die Löhne und Gehälter steigen derzeit zwar in Relation zur offiziellen Inflationsrate, durch die überdurchschnittlich hohen Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Wohnen sinkt die Kaufkraft der Bevölkerung aber dennoch stark. So betrug der durchschnittliche Monatsbruttolohn im Juli 2023 BAM 1.944 also rund EUR 993,8 (Netto: BAM 1.262/ EUR 645). Im Vergleich zum Juli des Vorjahres lag die Steigerung bei 11,8 %.

Das Land ist damit zwar trotz geringerer Produktivität und komplexen Rahmenbedingungen, die fehlende Rechtssicherheit und Transparenz wurde bereits angesprochen, für erfahrene Unternehmen ein interessanter Produktionsstandort. Dazu ist aber eine gute Strategie zur Mitarbeiter:innenbindung nötig, da nicht nur mit lokalen Arbeitgebern eine Konkurrenz besteht, sondern auch Unternehmen aus der EU, insbesondere Deutschland, Schweiz und Österreich, sowie natürlich dem Nachbarland Kroatien aktives Recruitment betreiben.

Tourismus toppt Vorkrisenniveau

Der Tourismussektor, welcher prä-covid besonders hohe Zuwachsraten aufwies, wurde 2020 schwer getroffen. Kamen 2019 noch 1,19 Mio. Ausländer ins Land, so konnten 2020 nur 196.878 Ankünfte von Ausländern registriert werden. Im Jahr 2021 konnten immerhin wieder 497.474 Ankünfte von Ausländern im Land registriert werden.

2022 hat sich der Tourismussektor aber mit knapp 1,46 Mio. Ankünften deutlich erholt. Knapp über die Hälfte der Touristen kommen dabei aus Serbien (14,5 %), Kroatien (14,2 %), Slowenien (6,1 %), Deutschland (5,3 %), Vereinigte Arabische Emirate (5,1 %), Türkei (5,0 %), und Saudi-Arabien (4,1 %). Den längsten Aufenthalt im Land haben Personen aus Kuwait (durchschnittlich 3,8 Nächte), Irland (3,3 Nächte), Iran (3,2 Nächte) Vereinigte Arabische Emirate, Frankreich und Ägypten (je 3 Nächte).

Grund für die vergleichsweise hohe Besucherzahl aus dem arabischen Raum ist

**Arabische Besucher
als wichtiger
Wirtschaftsfaktor**

nicht nur das günstige Preisniveau, sondern auch die gegenüber den Schengenstaaten vergleichsweise liberale Visapolitik, so benötigen Staatsangehörige aus verschiedenen arabischen Ländern keinen Sichtvermerk. Sarajevo und seine Umgebung bilden daher mit seiner islamischen Bevölkerungsmehrheit insbesondere für die arabische Mittelschicht in den Sommermonaten eine beliebte Urlaubsdestination in Europa. Dies hat auch zur Entwicklung eines angepassten Angebotes, etwa von Halal zertifizierten Hotels und Restaurants, sowie eines eigenen Immobiliensegments geführt. So werden insbesondere von arabischen Investoren Ferienresorts, Hotels sowie auch zum Verkauf an diese Kundenschicht stehende Häuser und Villen errichtet.

**Hinweis zu den ver-
fügbaren Daten**

Im Hinblick auf den hohen Anteil des informellen Sektors an der bosnisch-herzegowischen Volkswirtschaft, dessen Erfassung in den Statistiken nicht erfolgt, sind die angeführten Daten zwar als Indikatoren bzw. Trends zu sehen, als absolute Werte sollten sie aber in weiten Bereichen nicht betrachtet werden.

2. Besondere Entwicklungen

**EU-Reformen zeigen
langsamen Fortschritt**

Die Verleihung des EU-Kandidatenstatus im Dezember (s.u.) sowie die verhältnismäßig rasche Regierungsbildung nach den Wahlen im Oktober 2022 waren Impuls für einige, lange erwartete Reformen, die für den EU-Annäherungsprozess notwendig sind. Bosnien und Herzegowina hofft auf baldige Eröffnung der Beitrittsgespräche. Ob die bisher umgesetzten Reformen dafür ausreichend sind, aber nicht gesichert, insbesondere, da es in den letzten Wochen zum Stillstand im Reformprozess kam.

Die Verleihung des EU-Kandidatenstatus für Bosnien und Herzegowina im Dezember des Vorjahres, stieß vor Ort auf sehr positives Echo. Nach damaligen Umfragen befürworteten 77 % der Bevölkerung einen EU-Beitritt. Der Annäherungsprozess an die EU bewegt sich aber nach wie vor langsam. Es bleibt abzuwarten, ob Bosnien und Herzegowina das aktuelle Window of Opportunity nutzt, um die langen überfälligen Reformen zur Annäherung an die EU in Angriff zu nehmen.

Bereits 2008 wurde das Stabilisierung- und Assoziierungsabkommen unterzeichnet, welches allerdings erst mit 1. Juni 2015 zur Gänze in Kraft trat. Am 15.02.2015 stellte Bosnien und Herzegowina einen Beitrittsantrag zur EU, der allerdings in Brüssel mehr als Willensbekundung der Regierung des Landes und erster Schritt in einem sicherlich längeren Verfahren angesehen wird. Am 09.12.2016 übermittelte daraufhin die Europäische Kommission einen Katalog von rund 3.200 Fragen, welche von bosnisch-herzegowinischer Seite am 28.02.2018 beantwortet wurden. Die Kommission reagierte darauf mit Ersuchen um verschiedene Klarstellungen und 655 ergänzende Fragen. Die Antworten zu diesen weiteren Fragen wurden im Februar 2019 nach Brüssel übermittelt, worauf die Kommission mit einer Liste von 14 Kernbereichen antwortete, die einer Verbesserung bedürfen. Es handelt sich dabei insbesondere um Fragen der Rechtssicherheit sowie legislativer und institutioneller Strukturen. Erst danach könnten weitere Schritte hinsichtlich Kandidatenstatus folgen. Da dafür Änderungen der Verfassung bzw. des Friedensabkommens von Dayton erforderlich wären, kann wohl, obwohl alle politischen Kräfte des Landes sich einen EU-Beitritt als Ziel gesetzt haben, kurzfristig mit keinen raschen Fortschritten gerechnet werden.

Konflikte auf politischer Ebene begünstigen Brain Drain

Das Verhältnis zwischen den Entitäten bzw. der Republika Srpska (RS) gegenüber dem Hohen Repräsentanten sowie gegenüber dem Gesamtstaat ist nach wie vor schlecht und behindert strukturelle Reformen. Seitens der RS wurde im Sommer mehrmals Öl ins Feuer gegossen, so wurden etwa im Juni zwei Gesetze über die Nichtumsetzung und Nichtveröffentlichung von Entscheidungen des Hohen Repräsentanten Schmidt und des VfGH in der RS erlassen, die wiederum vom Hohen Repräsentanten für nichtig erklärt wurden. Kern dieser Maßnahmen der RS sind immer wieder strittige Punkte wie etwa die Frage des Staatseigentums sowie die Tatsache, dass der Präsident der RS, Milorad Dodik, den Hohen Repräsentanten nicht anerkennt. Zuletzt hatte Dodik dem Hohen Repräsentanten sogar mit einer Verhaftung gedroht, sollte er das Gebiet der RS betreten.

Einige Spitzenpolitiker der RS wurden bereits 2022 von den USA und UK mit Sanktionen belegt, mit der Begründung sie würden die Legitimität und Funktionalität des Staates Bosnien und Herzegowinas untergraben; die Sanktionsliste der USA wurde im Juni 2023 nach den oben erwähnten Ereignissen erweitert. Diese Maßnahmen werden von der politischen Ebene der RS medial regelmäßig als Auszeichnung für Ihre Standhaftigkeit vermarktet.

Im Gros der Bevölkerung finden die anhaltenden Zwistigkeiten auf politischer Ebene keine Unterstützung. Mangels Aussicht auf Verbesserung suchen immer mehr Menschen eine bessere Lebenssituation im Ausland. Es gibt zwar auch regelmäßig Berichte von Rückkehrern, die Anzahl dürfte aber deutlich unter der Abwanderung liegen.

Kaum wirtschaftliche Auswirkungen der Ukraine Krise

Bosnien und Herzegowina hat bekanntlich keine Sanktionen gegenüber Russland verhängt und der bilaterale Warenaustausch ist abgesehen vom Energiesektor minimal. So stammen nur etwa 1,4 % der Gesamtimporte aus Russland und nur etwa 0,6 % der Exporte des Landes gehen nach Russland. Im Fall der Ukraine sind es nur knapp über 0,1 % der Importe und weniger als 0,1 % der Exporte.

Bosnien und Herzegowina bezieht auf Basis langfristiger Verträge Erdgas aus Russland via Türkei (Turkstream). Die Versorgungssicherheit ist daher sehr hoch. Sollte es allerdings trotzdem zu einem Ausfall kommen, wäre ein Import von Flüssiggas aus Übersee nicht nur aufgrund der höheren Kosten, sondern insbesondere in Hinsicht auf die (Transport) Logistik eine Herausforderung und würde wahrscheinlich einen verstärkten Einsatz lokaler Kohle, wo technisch möglich, erforderlich machen.

Bisher hat die Wirtschaft sowohl die Pandemie als auch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine relativ stabil weggesteckt.

Währung stabil

Weitergeführt wird das sogenannte ‚Currency Board Regime‘, demgemäß die lokale Währung Konvertible Mark fix im Umrechnungskurs der früheren DM an den EURO gebunden ist. Es ist damit eine hohe Währungsstabilität sichergestellt.

3. Wirtschaftsbeziehungen mit Österreich

Bilateraler Warenaustausch mit hoher Zuwachsrate

In den letzten zwei Jahren erlebte der bilaterale Warenhandel eine starke Steigerung. So stiegen die österreichischen Exporte nach Bosnien und Herzegowina nach einem Anstieg um 17,9 % im Jahr 2021 im Vorjahr deutlich stärker als die Inflation um 21,6 % auf EUR 610,35 Mio. während gleichzeitig die Einfuhren nach Österreich um 30,5 % auf EUR 979,97 Mio. zulegten. Das Handelsvolumen von mehr als EUR 1,5 Mrd. stellt somit ein neues Rekordergebnis dar. Im 1. Halbjahr 2023 spiegelt sich die negative Neuauftragsentwicklung der österreichischen Industrie im bilateralen Handel wider. Es besteht zwar nach wie vor ein Wachstum, aber bereits deutlich niedriger als im Vorjahr.

Das traditionell zu Lasten Österreichs bestehende Handelsbilanzdefizit lag im Vorjahr bei EUR 369,62 Mio. und im 1. Halbjahr 2023 bei knapp über EUR 180 Mio. Grund dafür sind die Lohnfertigung und Lieferungen von österreichischen Niederlassungen an ihre Mutterhäuser. Österreich bleibt auch 2022 mit rund 200 Niederlassungen und einer investierten Gesamtsumme von EUR 1,1 Mrd. laut ÖNB (Stand 2022) größter ausländischer Investor im Land.

Lohnfertigung und Zulieferungen prägen Warenstruktur

Wie teilweise aus der Warenstruktur des bilateralen Austausches ablesbar, ist der Handel zwischen Österreich und Bosnien und Herzegowina von Lohnfertigung und Zulieferungen, teilweise von österreichischen Niederlassungen an die Mutterhäuser, geprägt. So werden Vormaterialien, Bauteile u.ä. aus Österreich bezogen und fertige Endprodukte oder Baugruppen zurückgeliefert. Dies erklärt das Volumen der österreichischen Importe als auch das in der Region ungewöhnliche Handelsbilanzdefizit zu Lasten Österreichs.

Wichtigste österreichische Exportwaren waren auch 2022 elektrische Maschinen und elektrotechnische Artikel, deren Wert EUR 114,16 Mio. erreichte, was einer Steigerung um 21,5 % gegenüber 2021 entspricht. Es handelte sich dabei hauptsächlich um Teile und Baugruppen für den Einbau in elektrische Maschinen und Generatoren, Schalter und Sicherungen sowie Kabel und Drähte. An zweiter Stelle folgten Maschinen und Anlagen die EUR 54,3 Mio. ausmachten, wobei es zu einer beachtlichen Steigung von 28,6 % kam. Erwähnenswert hier sind Planiermaschinen und Bagger, Maschinen für die Holzverarbeitung, Klimageräte und Gleitlager. Knapp dahinter liegen Waren aus Eisen und Stahl, die iHv. EUR 53,7 Mio. exportiert wurden, 18,5 % mehr als 2021. Dahinter folgten Kunststoffe und Waren daraus um EUR 44,1 Mio, was eine Erhöhung um 6,2 % bedeutet. Weitere nennenswerte Exportgüter sind Leder zur Verarbeitung für die Automobilzulieferindustrie, sowie Kraftfahrzeuge. Erwähnenswert sind weiters die Lieferungen von Eisen und Stahl (Bleche), Zinn, Holzfasertafeln und Pharmazeutika.

Die wichtigsten Importwaren aus Bosnien und Herzegowina bleiben elektrische Maschinen und elektrotechnische Artikel, deren Wert im Vergleich zu 2021 um 7,8 % auf EUR 269,9,3 Mio. anstieg und somit ein Viertel der Gesamtlieferungen ausmacht. Es handelte sich dabei zu einem beträchtlichen Teil um isolierte Drähte und elektrische Leiter, deren Wert allein EUR 141,8 Mio. ausmachte, gefolgt von Maschinen und Teile i.H.v. EUR 71,8 Mio. Dahinter lagen Teile für elektrische Anlagen wie Sicherungen, Schaltpläne und ähnl. Wesentlich waren weiters die Bezüge von Eisen- und Stahlwaren um EUR 110,3 Mio., sowie Chemische Erzeugnisse um EUR 47,5 % (Zuwachs von 63,7 %) und Möbel um EUR 43,7 Mio. Erwähnenswert sind weiters die Bezüge von Kunststoffwaren, KFZ-Teilen, Schuhen, sowie Brennholz und Holzkohle.

Österreich bleibt größter Investor

Österreichische Firmen sind bereits seit längerer Zeit, was den Bestand angeht, wichtigste ausländische Direktinvestoren mit einem Investitionswert Ende 2022 von EUR 1,1 Mrd. gemäß Österreichischer Nationalbank und EUR 1,37 Mrd. nach Angaben der bosnisch-herzegowischen Zentralbank. Insgesamt bestehen knapp 200 österreichische Niederlassungen im Land, wobei neben den bereits erwähnten Lohnfertigungsunternehmen insbesondere der Finanzsektor mit Banken und Versicherungen stark österreichisch geprägt ist. Weiters besteht auch österreichisches Engagement im Bau- und Baumaterialien Sektor, sowie der Logistikbranche und dem Fahrzeug- und Drogeriehandel.

Dienstleistungsbilanz negativ für Österreich

Erwähnenswert ist auch der Austausch im Dienstleistungsbereich. So bezog Bosnien und Herzegowina im 1. HJ 2023 österreichische Dienstleistungen im Wert von EUR 36 Mio. und damit 18,9 % über dem Wert der Vergleichsperiode 2022. Nach einer Verdoppelung der Inanspruchnahme von Dienstleistungen aus Bosnien und Herzegowina 2022 liegt die Steigerung im 1 HJ 2023 nach wie vor hoch, und zwar über 50%, und belief sich auf EUR 107 Mio. Das traditionelle Defizit zu Lasten Österreichs beträgt damit im 1. HJ 2023 EUR -70 Mio.

Chancen für österr. Firmen

Da das Land noch großen Aufholbedarf beim Infrastrukturausbau hat, wird dies für österreichische Firmen auch in den nächsten Jahren interessante Geschäftsmöglichkeiten bieten. Erwähnt sei der Weiterbau des Autobahnanschlusses an das europäische Netz (Korridor Vc) und die Modernisierung der Eisenbahnlinien. Weiters benötigt auch der Energiesektor sowohl im Bereich Stromerzeugung durch Revitalisierung bestehender Kraftwerke und die Errichtung neuer Anlagen, z.B. Wasserkraftwerke (installierte Leistung über 10 MW) und Windenergieanlagen, als auch die Verteilung durch entsprechende Leitungen hohe Investitionen. Zunehmende Bedeutung erhält auch der Umweltbereich, insbesondere die Wasseraufbereitung sowie Müllentsorgung. Die Finanzierung derartiger Großprojekte erfolgt meist mit Hilfe aus dem Ausland, etwa durch EU-Mittel oder mit Unterstützung Internationaler Finanzinstitute, allen voran EBRD und EIB. Dieser Ausbau der Infrastruktur soll auch den Folgen der durch Covid19 ausgelösten Krise entgegenwirken und Arbeitsplätze schaffen.

Bedeutende Quelle für Arbeitskräfte

Im Jänner 2022 lebten rund 97.400 Staatsbürger aus Bosnien und Herzegowina in Österreich und sogar 174 300 Personen gaben an, in Bosnien und Herzegowina geboren zu sein. Von den vorerwähnten Staatsbürgern des Landes in Österreich waren im Juli 2020 über 52.000 beschäftigt, davon über 10.000 in der Produktion und mehr als 7.000 in der Bauwirtschaft. Gleichzeitig waren im August 2020 rund 6.200 als arbeitslos erfasst. Im Juli 2020 befanden sich auch 878 Schlüsselarbeitskräfte (RWR-Karte und Blaue Karte EU) in Österreich, sowie 2.947 Personen mit einer Beschäftigungsbewilligung, davon 1.746 Saisonarbeitskräfte. Von letztgenannter Gruppe arbeiteten 646 in der Forstwirtschaft, 490 bei Beherbergungsunternehmen, 253 in der Landwirtschaft und 123 in der Gastronomie (Quelle: AMS).

AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA

AUSSENWIRTSCHAFTSCENTER SARAJEVO

Adresse Zmaja od Bosne 11, zgrada RBBH objekat B,
71 000 Sarajevo, Bosnien und Herzegowina

T +387 33 267 840

E sarajevo@wko.at

W wko.at/aussenwirtschaft/ba

